

Rathaus-Korrespondenz

gegründet 1861



Freitag, 14. Dezember 1973

Blatt 2402

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

- Kommunal: Fortsetzung der Budgetdebatte
Wiener Landtag
Wiener Orden für Auslandskorrespondenten
- Lokal: Morgen wieder Verkehrsarme Zone in Mariahilf und Meidling
Tote Bäume werden gefällt
- Kulturdienst: Herzliches Dankeschön an Willi Boskovsky
Heinz Conrads - 60.Geburtstag

Chef vom Dienst 42 800/2971 Durchwahl

Kommunal:

Fortsetzung der Budgetdebatte

=====

(Personal und Allgemeines)

Wien, 14.12. (RK) Der zweite Tag der Budgetdebatte im Wiener Gemeinderat begann Freitag mit dem Kapitel Personal und Allgemeine Verwaltung. Berichterstatter: Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

Er stellte in seiner Rede einleitend fest, daß der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben des Wiener Budgets mit 33,5 Prozent gegenüber 1973 um 0,3 Prozent gesunken ist. Gegenüber dem Jahre 1947 seien im Gemeindedienst rund 10.000 Gemeindebedienstete weniger beschäftigt. Diese Personaleinsparung sei im wesentlichen im Verwaltungsdienst erzielt worden. Ein Strukturwandel, der zu einer Verstärkung der Versorgungs- und Dienstleistungen führe, mache sich immer stärker bemerkbar. In der Hoheitsverwaltung seien zur Zeit weniger als zehn Prozent der 56.000 Bediensteten beschäftigt.

Die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung mache bei der Stadtverwaltung erfreuliche Fortschritte. Bei einem Budgetvolumen von rund 25 Milliarden im Voranschlag 1973 seien rund 11 Milliarden über die EDV-Anlage ausgegeben worden. Die Bezugsverrechnung sei zur Gänze automatisiert, auf dem Gebiet des Finanzwesens und der Wählerevidenz sowie bei der Vergabe von Gemeindewohnungen durch den Computer seien große Fortschritte erzielt worden. Die bargeldlose Mietzinszahlung wurde in diesem Jahr programmiert, in Favoriten bereits probeweise eingeführt, und wird im kommenden Jahr auf alle Mieter von Gemeindewohnungen ausgedehnt werden.

Für die Behandlung und Verwahrung der Daten zum Schutz des Amtsgeheimnisses und des Steuergeheimnisses seien verbesserte interne Vorschriften ausgearbeitet worden. Zum Entwurf eines bundeseinheitlichen Datenschutzgesetzes habe Wien in diesem Jahr ausführlich Stellung genommen. Der Mißbrauch von Daten sei durch die vorausschauende Arbeit im wesentlichen ausgeschlossen, betonte der Stadtrat.

Zur Stärkung der direkten Demokratie in Wien meinte Heller, bei der Institutionalisierung bei der Volksbefragung werde man gesetzgeberisches Neuland betreten. Sie müßte so beschaffen sein, daß die Stimme des lokalen Interesses gebührend vernommen werden kann. Das Gesetz dürfe aber nicht so strukturiert sein, daß es die Bildung des

Gesamtwillens des Gemeinwesens lahmlegen könne. Bei der Institutionalisierung eines eventuellen Landes-Ombudsmannes müsse man noch auf die endgültige Beschlußfassung über die Volksanwaltschaft des Bundes warten.

Bedeutsame Änderungen kündigte Stadtrat Heller für die Bezirksvertretungen und Bezirksvorsteher an. Eine Aufwertung der Kompetenzerweiterungen und größere finanzielle Mittel stünden im Vordergrund. Daß es nicht beim Lippenbekenntnis geblieben sei, beweise die Budgetpost für dringende kleine Ausgaben der Bezirksvorsteher: sie wurde gegenüber dem Jahr 1973 verzehnfacht.

Im Zusammenhang mit der Neufassung der Gewerbeordnung kündigte Heller eine weitere Servicestelle des Rathauses an: im Bereich der Magistratsabteilung 63 soll - vor allem für die Übergangszeit - ein zentraler Beratungsdienst für Fragen des Gewerberechtes etabliert werden. Im übrigen bringe die neue Gewerbeordnung den städtischen Dienststellen eine enorme Mehrbelastung.

Eine Reihe neuer Gesetze soll im kommenden Jahr in Angriff genommen die fertiggestellt werden: Bauordnungsnovelle, Novelle des Garagengesetzes, ein Ölfeuerungsgesetz, ein Altölbeseitigungsgesetz, eine Novellierung des Gesetzes über Kanalanlagen und -eintrümpfungsgebühren mit wesentlich strengeren Strafbestimmungen und anderes mehr. Bei einigen dieser Gesetze würden vor allem Probleme des Umweltschutzes im Vordergrund stehen.

Bei der beabsichtigten Hebung der Lebensqualität in der Stadt werde der Sport eine große Rolle spielen. Die isolierte Hochleistungsanlage mit großen Zuschauerrängen werde nicht mehr im Vordergrund stehen. Der multifunktionalen Anlage für den Freizeitsport werde Priorität zuerkannt. Die Interessen des Gesundheitssports müßten durch Errichtung relativ einfacher Anlagen optimal berücksichtigt werden. Ein Wiener Sportstättenleitplan sei in Ausarbeitung. Mit seiner Fertigstellung könne man in naher Zukunft rechnen. Er werde Standortentscheidungen erleichtern. Die menschliche Stadt der Zukunft könne es nicht bei traditionell gewachsenen Vereinsanlagen bewenden lassen, sie müsse von Grün-, Spiel- und Sportflächen von Freizeitanlagen und Sportzentren durchzogen und umgeben sein.

Eine beabsichtigte Normierung der gesetzlichen Verpflichtung zur Erhaltung bestehender und zur Errichtung neuer Sportanlagen soll die Position von Freizeitanlagen stärken: Beim Wettstreit zwischen

einer Freizeitanlage und einer Straßenführung, zwischen einer Spielfläche und einer Industrieerweiterung dürften die Freizeiteinrichtungen nicht immer unterliegen.

Für den Sport sind im Jahre 1974 150 Millionen Schilling vorgesehen. Dazu kommen rund 70 Millionen Schilling für Sportbauten und 56,5 Millionen Schilling für direkte Sportförderung. Die direkte Sportförderung solle sehr gezielt und nicht nach dem Gießkannenprinzip vorgenommen werden, betonte Stadtrat Heller abschließend.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Kultur, Bildung, Jugend
=====

Wien, 14.12. (RK) Das zweite Kapitel, das am Freitag in der Budgetdebatte des Wiener Gemeinderats behandelt wurde, war die Geschäftsgruppe für Kultur, Bildung und Jugend. Berichterstatter Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner (SPÖ) bezifferte die ihrem Ressort für 1974 zur Verfügung stehenden Geldmittel mit mehr als 3,5 Milliarden Schilling. Eine Aufschlüsselung dieses Betrages, sagte die Rednerin, mache den Vorrang für bildungspolitische Aufgaben anschaulich.

Der Vorrang für Bildungspolitik sei schon seinerzeit für die Gestaltung des Wiener Kulturprogramms ausschlaggebend gewesen, erklärte Fröhlich-Sandner. Untersuchungen hätten immer wieder bewiesen, daß Bildung nicht nur über Beruf und glückliches Leben des Einzelnen entscheide, sondern bestimmend sei für die künftige Entwicklung unserer Stadt. Die Bereitschaft der Menschen initiativ in einer Gesellschaft mitzuarbeiten, wachse parallel mit dem Bildungsgrad. Barrieren zu einer umfassenden Bildung zu beseitigen, die Chancengleichheit herzustellen, müsse vorrangigste Aufgabe sein.

Notwendig sei es vor allem zu vermeiden, daß Kinder bereits mit Bildungsdefiziten in die Schule eintreten. Den Eltern aller sozialen Schichten müssen Erziehungshilfen gegeben werden. "Gerade auf diesem Gebiet können wir in Wien auf Leistungen hinweisen, die weltweite Anerkennung gefunden haben", sagte Fröhlich-Sandner, und kündigte an, daß diese Erziehungshilfen 1974 durch neue Einrichtungen ergänzt würden.

Es sei an die Herausgabe einer Information in Briefform gedacht: Darin werden die Eltern, beginnend von der Geburt des Kindes bis zum Eintritt in die Schule, über Erziehungsprobleme informiert und pädagogische Ratschläge erhalten.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner kündigte an, daß im kommenden Jahr vier weitere Kindergärten mit insgesamt 20 Gruppen gebaut werden. Darüber hinaus wird die Aktion der "offenen Tür" in Kindergärten erweitert werden. Kinder, die

im Herbst 1974 schulpflichtig werden, erhalten also noch vorher die Möglichkeit, wenigstens zeitweilig mit einer Kindergemeinschaft Kontakt zu bekommen. Für die Fertigstellung des im Bau befindlichen Ausbildungszentrums für Kindergärtnerinnen sind im Budget 25 Millionen Schilling enthalten. Erfreulicherweise halte der Zustrom zum Beruf der Kindergärtnerin an, so daß mit einer Verbesserung der Personalsituation zu rechnen ist.

"Mit dem Schuleintritt ihrer Kinder entstehen für viele berufstätige Eltern große Probleme", sagte Fröhlich-Sandner. "Aus diesem Grunde führen wir gegenwärtig 171 Horte und 12 Tagesheimschulen. 1974 werden wir versuchsweise eine dritte Möglichkeit erschließen: Die Ganztagschule."

Diese Schulform stehe gegenwärtig im Mittelpunkt vieler Diskussionen. Manche Eltern befürchten, daß die Familie ihrer Funktion und ihrer Verantwortung beraubt werde. Die Ganztagschule aber könne in ihrer idealen Form den individuellen Bildungsbedürfnissen des Kindes und seiner Vorbereitung für den Eintritt in das Leben der Erwachsenen besser gerecht werden als die herkömmliche Halbtagschule. Die Hausübungen würden in der Schule gemacht, so daß die Zeit nach dem Unterricht zur echten Freizeit werde und - frei von Lernproblemen - wirklich der Familie gehöre.

Insgesamt stünden dem großen Bereich der Wiener Schulverwaltung im kommenden Jahr mehr als 2,1 Milliarden Schilling zur Verfügung, davon entfielen auf den Schulbau 326 Millionen Schilling. Schon allein diese Zahl veranschauliche die große Anstrengung, genügend Räume für den ständig steigenden Schülerstand, der 1975 mit 115.000 Pflichtschülern die Spitze erreichen wird, zu schaffen.

Der Schulneubau konzentriere sich vor allem auf die Randbezirke, wo allein seit 1964 48 Neubauten mit 767 Klassen mit einem Gesamtaufwand von 1,4 Milliarden Schilling errichtet wurden. Da in diesen Neubaugebieten unmittelbar nach der Besiedlung der Schulraumbedarf sehr groß ist, dann aber kontinuierlich sinkt, um nach 10 bis 15 Jahren bis unter dem Wiener Durchschnitt zu fallen, werden mehrere Möglichkeiten angewandt:

Erstens: Der Standort wird so gewählt, daß der Schulspren-
gel nach Absinken der Schülerzahl erweitert werden und ein altes
Schulhaus aufgelassen werden kann. Zweitens: Schaffung von Schul-
zentren, in denen Volks-, Haupt- und Sonderschulen zusamme-
gefaßt sind. Diese Form ermöglicht auch die Einrichtung von Ge-
samtschulen. Drittens: Errichtung von Schulgebäuden, die später
für andere Zwecke umgebaut werden können, dem entspricht der Typ
"Schule-Wohnhaus". Viertens: Aufstellung von mobilen Klassen-
zimmern zur Zeit des Spitzenbedarfs.

Die Schule der Zukunft aber müsse eine Stätte der Weiter-
bildung werden, erklärte Fröhlich-Sandner, ein kulturelles Zen-
trum, das allen Altersgruppen offensteht. Ansätze dazu seien
bereits vorhanden, indem Turnsäle und Dreifach-Turnhallen den
Sportverbänden überlassen werden, indem weiter in mehreren Neu-
bauten bereits Jugendzentren eingeplant werden. Diese Jugend-
zentren sollen im kommenden Jahr um drei erweitert werden.

Im weiteren Verlauf ihres Berichtes ging Frau Fröhlich-
Sandner auf einen Grundaspekt der Kulturpolitik ein. Sie betonte,
allen müsse bewußt sein, daß Kulturpolitik in Wien nicht allein
durch die Größe der Budgetmittel für Bildankäufe, durch die
Höhe von Subventionen für Theater oder Orchester, durch die An-
zahl der restaurierten Häuser bewertet oder beurteilt werden
könne. Kulturpolitik müsse ein komplexer Prozeß sein, der alle
Bereiche umfaßt: Er beginne bei der Familie, reiche über die Ge-
staltung der Umwelt, die Organisation der Bildung bis zu vielen
anderen kulturellen Aktivitäten einschließlich Forschung und
Wissenschaft. "Ein Schwerpunkt unserer Arbeit aber bleibt nach
wie vor das Bemühen um Demokratisierung des Zugangs zu Kultur
und Kunst", sagte Fröhlich-Sandner. Deshalb strebe man nach einem
Netz von kulturellen Stützpunkten in der ganzen Stadt, das
jedem Wiener in seinem Nahbereich vielfältige Möglichkeiten an-
biete. Dazu gehört die Förderung der städtischen Büchereien,
der Musikschulen, der Häuser der Begegnung, der Jugendzentren,
der Volkshochschulen. "Sie tragen zur vielzitierten Qualität des
Lebens in dieser Stadt wirksam bei". Darüber hinaus werde man
1974 in den verschiedensten künstlerischen Bereichen gute und
helfende Voraussetzungen schaffen - wie weitere Auftragserteilung
an Künstler und Ankaufstätigkeit, Impulsförderungen, Subventionie-
rung von Einrichtungen der Kunstpflege, Ausbau der Ausstellungs-

tätigkeit, Widmung von Stipendien, gezielte Förderungen auf den Bereichen der Literatur, Musik, darstellenden Kunst und des Films. Die zur Verfügung stehenden Mittel erzwingen jedoch eine Rangordnung. Lohnintensive Einrichtungen, wie Theater und Orchester, Festspiele und Erwachsenenbildung erforderten höhere Anteile des Kulturbudgets. Die Ausgaben für Theater stiegen beispielsweise seit 1970 von 46,5 Millionen auf 88 Millionen S, für die Symphoniker von 15,4 auf 27,3 Millionen S. Den Stimmen, die immer wieder laut werden, man möge die "heiligen Kühe" schlachten, die Subventionen für Theater und Orchester stoppen, müsse man aber entgegen, daß Kunstförderung nicht nur auf eine Bevölkerungsgruppe, sondern auf die Gesamtheit der Bevölkerung ausgerichtet sein müsse. "Das bedeutet auch weiterhin sowohl Pflege und Bewahren des wertvoll Überlieferten, als auch Fördern des Gegenwärtigen", erklärte Fröhlich-Sandner.

Als Schwerpunkte der Kulturpolitik für 1974 führte die Rednerin die Eröffnung des wohl modernsten Theaters Österreichs im Französischen Saal des Künstlerhauses, die Großausstellungen für Schönberg und Maulbertsch, eine Erweiterung der Ausstellung "Das gute Bild" und die Viennale an. Ein ausführlicher Kulturbericht für die abgelaufene Periode würde überdies in Kürze publiziert werden.

Auf dem Gebiet der Altstadterhaltung und der Stadtbildpflege würde die Dramatik durch die gesetzlichen Bestimmungen der Schutz-zonen, durch erhöhte Geldmittel und Vermehrung des erforderlichen Personals entschärft werden.

"Für alle Seiten offen zu bleiben - das ist die jahrhundertealte und auch heutige Bestimmung unserer Stadt. Ihre Stellung in Europa zu stärken, ihren Ruf als Stadt des kulturellen Reichtums der Toleranz und der sozialen Sicherheit zu bestätigen und immer neu zu erwerben, das wird unsere Aufgabe bleiben", schloß Vize-Bürgermeister Fröhlich-Sandner ihren Bericht.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes.)

Kommunal:

Wiener Landtag

=====

Wien, 14.12. (RK) Der Wiener Landtag beschloß am Freitag folgende drei Gesetzesvorlagen: Änderung des Wasserversorgungsgesetzes, wonach künftig eine jährliche Ablesung, jedoch eine vierteljährliche Teilzahlung der Wassergebühren erfolgt; Änderung der Wiener Abgabenordnung zur Anpassung an die Datenverarbeitung; Änderung des Opferfürsorgeabgabegesetzes, dessen Geltungsdauer bis 31. Dezember 1977 verlängert wurde. Der Landtag war um neun Uhr unter dem Vorsitz des Ersten Präsidenten Maria Hlawka zusammengetreten. Die Anträge referierte Stadtrat Hans Mayr (SPÖ).

Mit Ausnahme des Opferfürsorgeabgabegesetzes wurden die Gesetzesvorlagen einstimmig beschlossen. Die FPÖ stimmte dem Opferfürsorgeabgabegesetz nicht zu, sondern brachte durch Abg. Krenn einen Antrag ein, wonach künftig die Fürsorgeempfänger durch die Gemeinde Wien subventioniert werden sollten. Dieser Antrag wurde einstimmig zugewiesen. Für die bisherige Praxis der Fürsorgeabgabe durch die Kinobesitzer stimmten SPÖ und ÖVP.

Zu Beginn der Sitzung lag ein ÖVP-Antrag zum Wiener Datenschutzgesetz vor, der zugewiesen wurde.

(Ende des Wiener Landtages)

- - -

k o m m u n a l :

=====

wiener orden fuer auslandskorrespondenten

2 wien, 14.12. (rk) der langjaehrige auslandskorrespondent
lawrence p. d a v i s , der fuer angesehene londoner zeitungen
schreibt, erhaelt das silberne ehrenzeichen fuer verdienste um
das land wien. landeshauptmann-stellvertreter gertrude
f r o e h l i c h - s a n d n e r beantragte kuerzlich in der
wiener landesregierung diese hohe auszeichnung.

0916

l o k a l :

=====

morgen wieder verkehrsarme zone in mariahilf und meidling

3 wien, 14.12. (rk) morgen, samstag, gilt wieder die regelung fuer die verkehrsarmen zonen in der inneren mariahilfer strasse und in der meidlinger hauptstrasse. in der meidlinger hauptstrasse besteht das fahrverbot von 9 bis 18.30 uhr, in der mariahilfer strasse in der zeit zwischen 10 und 18.30 uhr.

0917

L o k a l :

=====

tote baeume werden gefaellt
ersatzpflanzungen vorgesehen

4 wien, 14.12. (rk) im auftrag der bundesstrassenverwaltung werden dieser tage durch das stadtgartenamt an der erzherzog karlstrasse, der gross-enzersdorfer strasse, der esslinger hauptstrasse und der oberen donaustrasse insgesamt 37 total abgestorbene baeume gefaellt. diese massnahme ist im interesse der verkehrssicherheit erforderlich, da die baeume bei einem sturm auf die fahrbahn fallen koennten. fuer jeden gerodeten baum wird jedoch im kommenden fruehjahr entweder am gleichen platz oder in der naeche ein neuer alleebaum gepflanzt werden.

im lauf der naechsten wochen muessen auch im uebrigen stadtgebiet noch weitere abgestorbene alleebaeume aus sicherheitsgruenden gefaellt werden.

0927

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes)

Debatte über Personal und Allgemeines
=====

Wien, 14.12. (RK) GR. Hirnschall (FPÖ) stellte den Sport in den Mittelpunkt seines Debattenbeitrages. Die finanziellen Ansätze für das Jahr 1974 seien zwar hoch, die bisher konkret vorliegenden Ergebnisse der Sportarbeit und Sportförderung jedoch unbefriedigend. Er machte den Vorschlag, bei der Sportförderung ein wirksameres System zu finden. Für die Höhe der Förderung solle seiner Meinung nach das Ausmaß der Jugendarbeit der einzelnen Vereine und das Ausmaß der Öffnung der Sportplätze für Vereinslose als Kriterien gelten. Auch beim Sport müsse man davon wegkommen, Prestigebauten wie beispielsweise das Radstadion zu bauen. Zentraler Schwerpunkt der sportlichen Aktivitäten der Stadtverwaltung müßte bei der Errichtung von relativ billigen Spiel- und Sportplätzen in den Bezirken sein.

Im Zusammenhang mit dem Besoldungswesen appellierte Hirnschall an die Stadtverwaltung, bei der Ausarbeitung eines neuen Bundeschemas auf die Bundesdienststellen Druck auszuüben, um die Besoldung vor allem für jüngere Leute attraktiver zu gestalten. Die gemeindeeigenen Schemata reichten seiner Meinung nach für die differenzierten Aufgaben in der Kommunalverwaltung nicht aus, es wäre besser, mehr Schemata einzuführen als auf Nebengebühren - wie es bisher der Fall ist - auszuweichen. Seine Fraktion könne diesem Budgetkapitel nicht zustimmen.

GR. Dr. Krasser ("VP) beschäftigte sich in seinen Ausführungen unter anderem mit der gegenwärtig vor der Fertigstellung stehenden Novelle der Wiener Bauordnung. Er unterstrich die Bedeutung dieser gesetzlichen Neuregelung, meinte jedoch, daß diese nicht nur den Vorstellungen der Architekten und der Baupolizei, sondern vor allem dem Gemeinwohl der Wohnbevölkerung dienen sollte. Dr. Krasser appellierte in diesem Zusammenhang an den Berichterstatter als zuständigen Stadtrat, die Fertigstellung dieser Novelle im Interesse der Bevölkerung zu forcieren. Zum Einbau von Kaminen bei zentralgeheizten Wohnbauten: In Anbetracht der jüngsten Entwicklung in der Energieversorgung sei dies unbedingte Notwendigkeit und sollte in entsprechender Form auch gesetzlich verankert werden. Was die Novellierung

des Garagengesetzes betreffe, die während seiner Amtsperiode als Stadtrat bereits sehr weit gediehen ist, so wäre eine rasche Verabschiedung im Interesse der gesetzlichen Regelung von Pkw-Abstellplätzen im Stadtgebiet von größter Wichtigkeit.

GR. Dr. Drennig (ÖVP) wies in seinem Debattenbeitrag auf die Bedeutung der elektronischen Datenverarbeitung für eine rationelle Arbeit im Bereich der Stadtverwaltung hin. Das vom Berichterstatter angekündigte bundeseinheitliche Datenschutzgesetz bezeichnete er für die Belange Wiens als unzureichend. Als Beispiel für die Dringlichkeit des Datenschutzes in Wien nannte er die Wählerlisten, die derzeit seiner Meinung nach leider immer wieder für politische Aktionen mißbrauch werden. Abschließend sprach er sich für den weiteren Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung im Bereich der Stadtverwaltung aus. Es sei allerdings zu hoffen, daß damit das Versprechen von Bürgermeister Gratz, mehr Information für die Öffentlichkeit und die politischen Parteien erfüllt werde.

Mit den Auswüchsen des Sports, der Vermengung von Sport und Politik, Spitzenleistungen auch um den Preis der Gesundheit und Moral, kommerziellen Vergewaltigungen und falsch verstandenem Fanatikertum versuchte Dr. Müller (SPÖ) abzurechnen. Die Stadt Wien sei sich ihrer Verantwortung bewußt und werde daher nicht jede Art von Sport fördern, sondern immer bei Beurteilung und Arbeit die positiven Kriterien im Auge behalten. Der Sport sei Ausdruck der Gesellschaft, seine Krankheitssymptome seien Symptome der Zeit, in der wir leben.

GR. Köchrl (ÖVP), Offizier des Bundesheeres vom Beruf, beklagte die geringe Dotierung der Zivilschutzmaßnahmen in Wien. Auch 1974 seien dafür nur 200.000 Schilling vorgesehen. Das sei viel zu wenig. Das Land Wien könne dadurch der Verpflichtung für die umfassende Landesverteidigung nicht gerecht werden. Andere Bundesländer leisteten wesentlich mehr auf diesem Gebiet. In irgend einer Form habe jedes Bundesland außer Wien die Errichtung von Schutzräumen in der Bauordnung verankert. Er bat um Aufklärung, ob die U-Bahn für Schutzraumzwecke verwendet werden könne. Es gebe einander widersprechende Aussagen von Stadtrat Heller und Stadtrat Hofmann. Seiner Meinung nach wäre es höchste Zeit, die Unterlassungssünden in Wien zu beseitigen. Inaktivität könne man der Bevölkerung gegenüber nicht mehr länger verantworten.

GR. Friedrike Seidl (SPÖ) nahm die Personaldebatte zum Anlaß, um sich mit der Bevölkerungsentwicklung in Wien zu beschäftigen. Sie wies auf den ständig zurückgehenden Anteil Wiens an der gesamtösterreichischen Bevölkerung hin. Betrug dieser 1951 noch 23,3 Prozent, so war er 1971 nur mehr 21,7 Prozent. Die Ursachen dafür wären vor allem im hohen Geburtendefizit sowie in der Altersstruktur der Wiener Bevölkerung zu suchen. Gegenwärtig sind 28 Prozent der Wiener Bevölkerung über 60 Jahre alt. Bei dieser Tendenz sei bis zum Jahr 1981 mit einem Sinken der Bevölkerungszahl in Wien auf 1,460.000 Personen zu rechnen. Bei gleichbleibender Zuwanderung von Gastarbeitern nach Wien (etwa 15.000 pro Jahr) könne diese Entwicklung allerdings gestoppt werden. Zur Zeit beträgt der Anteil der Gastarbeiter bei den Gemeindebediensteten 4,2 Prozent - der Wiener Anteil der Gastarbeiter an den unselbständigen Beschäftigten beträgt elf Prozent.

Zur Reform der Wiener Verfassung: Sie werde in Wien mit Nachdruck vorangetrieben werden, im Gegensatz zu anderen Bundesländern (Zwischenruf Gemeinderat Gawlik, SPÖ: "Beispiel Niederösterreich"). Zu den ständigen Verunsicherungen der Bevölkerung durch die Opposition: Diese stünden im krassen Gegensatz zu den tatsächlichen Gegebenheiten. Jüngsten Erhebungen zufolge gehört Wien zu den sichersten Städten Europas.

GR. Prof. Zörner (ÖVP) ging zunächst auf verschiedene Ausführungen seiner Vorrednerin ein. Zu den Demokratisierungsbestrebungen in der Wiener Verfassung: Die ÖVP habe hier schon sehr lange Vorschläge gemacht, die jedoch immer wieder auf Ablehnung gestoßen waren.

In der Gastarbeiterfrage sollte man künftighin sehr vorsichtig sein.

Der Debattenredner kritisierte weiter die zu gering dotierten Mittel für den Sport. Kosmetische Operationen und Lippenbekennnisse allein wären zu wenig. So vermisse er etwa entsprechende Mittel für den künftigen Sportstättenplan und Förderungsmaßnahmen insbesondere für die Jugend. In diesem Zusammenhang stellte er im Namen seiner Fraktion den Antrag, daß Kinder und Jugendliche sportliche Veranstaltungen kostenlos besuchen können. Als weitere Förderungsmaßnahmen nannte er die Errichtung von Bezirkshallenschwimmbädern und einer Landessportschule für Wien. Die gegen-

wärtigen Maßnahmen für den Sport zeichnen sich, wie er meinte, durch Planlosigkeit und Konzeptlosigkeit aus. Als Beispiele dafür nannte er unter anderem die Verbauung des Red Star-Platzes sowie die Installierung eines Schiliftes am Himmelhof - ohne Zusatzgeräte wie etwa Schneekanonen etc. Dies alles wären Gründe dafür, das vorliegende Budget abzulehnen.

Zum Personalsektor: Hier kritisierte er die vermehrte Anstellung von hochdotierten Sondervertragsbediensteten im Wiener Rathaus. Zum Kindergartenwesen: In Wien gäbe es nach wie vor viel zu wenig Kindergärtnerinnen. Dieser Personalmangel wäre jedoch größten teils auf vorhandene Diskrepanzen im Anstellungsverfahren zurückzuführen. Seine Fraktion werde dem vorliegenden Budgetentwurf nicht zustimmen.

Die Gemeinde Wien als Trägerin der sozialen Sicherheit, die Stadtverwaltung als Lehrherr und Ausbilder sowie die geplanten Änderungen im Besoldungsrecht standen im Mittelpunkt des Debattenbeitrages von GR. Pöder (SPÖ). Der Pensionist der Gemeinde Wien sei im Durchschnitt wesentlich besser gestellt, als der Pensionist des Bundes. Beweis: Bei der Stadtverwaltung betrage die Durchschnittspension 5.186 Schilling, beim Bund mit allen Anrechnungen der letzten Gehaltserhöhungen lediglich 4.043 Schilling. Auch die von der Stadtverwaltung ausbezahlten Witwenpensionen lägen über denen des Bundes. Die Sozialinitiative der Bundeshauptstadt wäre auch dadurch deutlich, daß immer weniger Personen mit Mindestpension eine Ergänzungszulage beziehen müssen. Zur Zeit sind es nur mehr 530 Personen, 1967 waren es noch 1.688.

Die Stadt Wien leiste einen wesentlichen Beitrag für die Ausbildung junger Menschen. In den verschiedensten Bereichen würden zur Zeit bei der Stadtverwaltung u. in den Betrieben der Stadt nicht weniger als 1.376 Lehrlinge ausgebildet.

Bei vielen besoldungsrechtlichen und pensionsrechtlichen Bestimmungen habe die Stadt Wien in der Vergangenheit Pionierarbeit geleistet und die Weichen für die Zukunft des gesamten öffentlichen Dienstes gestellt. Pöder appellierte an die Vertreter aller Parteien bei der Erarbeitung des neuen Gehaltsgesetzes und Besoldungsrechtes auf Bundesebene sachlich zusammenzuarbeiten und oberflächliche Retuschen zu vermeiden.

Pöder schloß mit dem Dank an den früheren Vizebürgermeister Bock für die gute Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

In seinem Schlußwort gab Stadtrat Heller die Versicherung ab, daß er die bei der Debatte vorgebrachte Kritik beachten werde. Auf einzelne Vorwürfe ging er konkret ein: Der Vorwurf, das Land Wien beachte das Invalideneinstellungsgesetz nicht, sei unrichtig. Das Landesinvalidenamt weise der Stadtverwaltung laufend invalide Arbeitskräfte zu, die Stadtverwaltung werde den Anforderungen des Gesetzes in der Praxis gerecht. Eine monatliche Feststellung über die Zahl der beschäftigten Invaliden sei aber zu aufwendig.

Beim Datenschutzgesetz müsse die bundesgesetzliche Regelung abgewartet werden, ehe man ein auf die Wiener Verhältnisse zugeschnittenes Landesgesetz machen könne. Zur Kritik an der Verwendung der Mittel für kleine Ausgaben ausschließlich durch die Bezirksvertreter: Die Bestimmungen über die Verwendung würden in der nächsten Zeit geändert. Zum Vorwurf, das Land Wien tue zu wenig für den Zivilschutz: Feuerwehr, Rettung und auch andere Dienststellen erfüllten Zivilschutzmaßnahmen und erhielten auch dafür Mittel. Er sei nur dagegen, daß über den Zivilschutz all zu viel in der Öffentlichkeit diskutiert werde, dies würde nur die Bevölkerung beunruhigen. Auch der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses und verschiedene Tiefbauten berücksichtigten Erfordernisse des Zivilschutzes.

Zum Sport: Wien stelle auf Gemeindegrund zweieinhalb-Millionen-Quadratmeterfläche dem Sport zur Verfügung. Pro Quadratmeter und Jahr verlange die Stadtverwaltung vier Groschen für die verpachteten Grundstücke. Nur wenn man diese Tatsache kenne, könne man die Sportförderung in Wien auch richtig beurteilen.

Das Radstadion sei kein Prestigebau, wie in der Debatte behauptet wurde, sondern eine Mehrzweckhalle, in der alle Sportarten außer Schwimmen und Eislaufen ausgeübt werden könnten. Zum Vorwurf, daß der Sportstättenleitplan noch nicht fertig sei, meinte Heller, Wien habe es etwas schwieriger als andere Bundesländer, die oft nur einen Katalog von Gemeindewünschen zusammenstellten. Man wolle eine wirklich brauchbare Grundlage erhalten und dies brauche eben Zeit.

Zum Thema Fußball habe er, Heller, ganz konkrete Vorstellungen. Er werde sich dafür einsetzen, daß sich weitere Wiener Nationalligavereine fusionieren. Sowohl vom sportlichen als auch vom wirtschaftlichen Standpunkt aus sei die große Zahl der Wiener National-

ligavereine nicht zu vertreten, Außerdem werde er beim ÖFB vorstellig werden, daß die Mittel aus dem Toto gerechter verteilt werden als bisher. 1972 habe Wien von 21 Millionen Schilling aus dem Fußballtoto nur drei Millionen Schilling erhalten. Dies entspreche nicht der Bedeutung des Wiener Fußballs.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der ÖVP einstimmig zugewiesen. Die Ansätze für die Geschäftsgruppe I wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Kulturdebatte

Kulturpolitik sei nicht allein die Summe der bereitgestellten Mittel, erklärte GR. Dkfm. Bauer (FPÖ), sondern auch die Schaffung eines geistigen Klimas. Hier sehe es in Wien traurig aus. Es seien mangelnde Gesprächsbereitschaft und mangelnder Mut zum Neuen festzustellen, das kulturelle Bild Wiens in der Welt werde vom Heurigen, den Lipizzanern, den Sängerknaben und dem Stephansdom bestimmt, ein typisch wienerisches Orchester wie die Symphoniker werde von einem Ausländer geleitet, Handke und Bauer seien nicht in Wien groß geworden, Elias Canetti lebe in der BRD, Ingeborg Bachmann sei in Rom gestorben, die Hausrucker feierten ihre Erfolge in New York. Es gebe zu wenige Uraufführungen, dafür subventioniere man Experimentalbühnen, die mit Ende der Nachkriegszeit ihre Funktion verloren hätten.

GR. Bauer kritisierte die Ansätze für Buchankäufe der Städtischen Büchereien und für den Kindergartenbau als zu gering. Er verlangte die Schaffung einer eigenen Magistratsabteilung für Denkmalschutz und Stadtbilderhaltung und brachte zwei Anträge ein: Der Ansatz für Altstadterhaltung solle entsprechend den erwarteten Einnahmen aus dem Kulturschilling auf 48 Millionen erhöht werden, der Ansatz für bauliche Herstellungen von Kindergärten zu Lasten des Grundstückerwerbs von 45 auf 100 Millionen.

Das Kulturbudget wachse real nur um 5,5 Prozent, viel weniger als das Gesamtbudget, stellte GR. Prof. Bittner (ÖVP) fest. Zugleich werden die Leistungen des Bundes für Wien immer geringer, gegenüber Salzburg sei der Bund viel großzügiger. Seit 1969 werde der Bau einer Landesjugendherberge angekündigt, doch gebaut

werde auch nächstes Jahr noch nicht. Das ermögliche allerdings den replanten Standort in Mauer nochmals zu überlegen. Eine Jugendherberge sollte möglichst nahe dem Zentrum liegen.

GR. Bittner befaßte sich mit dem Bau von drei allgemeinbildenden höheren Schulen, der von der Stadt Wien vorfinanziert wird. Während in Favoriten für das nächste Schuljahr wenigstens sechs Schulklassen zur Verfügung stehen sollen und die Schule im 23. Bezirk bis dahin fertig werden dürfte, werde mit dem Schulbau im 21. Bezirk erst im Frühjahr begonnen. Noch dazu sei der vorgesehene Standort in Jedlersdorf zu wenig zentral. Die Anregung, einen Bauplatz in der Nähe des Spitzes zu verwenden, sei abgelehnt worden, weil dort wichtige Brunnenfelder gelegen seien. Jetzt aber werde dort ein Wohnhaus errichtet.

GR. Bittner sprach sich für Schulversuche aller Art, einschließlich der Ganztagschule, aus. Die Ganztagschule dürfe jedoch immer nur ein Angebot, niemals eine Verpflichtung sein. Bei Schulbauten solle man sich etwas einfallen lassen, damit die Schulen auch für Erwachsenenbildung herangezogen werden könnten. Das Seerestaurant im Donaupark solle man jungen Künstlern als Arbeits- und Ausstellungsraum zur Verfügung stellen. Bei den Jungbürgerfeiern sollte man ein mehrfaches Anbot machen - ein Sprechstück, etwas Musikalisches und auch Diskussionen mit Politikern im kleinen Kreis.

GR. Bittner brachte den Antrag ein, auch die konfessionellen Privatschulen mit audio-visuellen Hilfsmitteln auszustatten und faßte dann die kulturpolitischen Grundsätze seiner Partei zusammen: Sachförderung ohne Sachbeeinflußung, Förderung der Initiative privater Organisationen, Chancengleichheit bei der Erwachsenenbildung.

Befürchtungen über die Entwicklung des Fremdenverkehrs in Wien brachte als nächster Debattenredner GR. Schneider (ÖVP) zum Ausdruck. Nicht nur, daß Wien mit einem Anteil von 4,3 Prozent am gesamtösterreichischen Fremdenverkehr an letzter Stelle liege, sei seit einem halben Jahr ein stetiger Rückgang festzustellen. Mit dem Rückgang der Übernachtungen müsse aber auch mit einer Verminderung der Ortstaxeneinnahmen gerechnet werden, so daß letzten Endes auch für die Fremdenverkehrswerbung immer weniger Mittel zur Verfügung stünden. Im kommenden Budget vermisse er daher Möglichkeiten, zusätzliche Werbemittel flüssig zu machen. Entscheidend für den

Fremdenverkehr sei der Erlebniswert einer Stadt. Auf diesem Gebiet müsse aber noch mehr getan werden, um beispielsweise das historische Stadtbild zu erhalten. Für den Jugendtourismus müßte überdies das Angebot auf dem Vergnügungssektor erweitert werden. Begrüßenswerte Ansätze, den Fremden mehr zu bieten, seien in der Subventionierung des Konzertkaffees und in der Veranstaltungsserie "Frühling in Wien" zu sehen. Abschließend warnte der Redner vor weiteren Belastungen des Fremdenverkehrs durch Steuern und Abgaben.

Der nächste Debattenredner GR. Herbert Mayr (SPÖ) berichtete über die großen Leistungen der Stadt auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Besonders im Kindergartenwesen stehe Wien im gesamtösterreichischen Maßstab eindeutig an der Spitze. Während im österreichischen Durchschnitt nur 36 Prozent aller Kinder bis zu sechs Jahren einen Kindergarten besuchen können, liege in Wien der Prozentsatz bereits bei 56 Prozent. Auch die Betreuung sei weitaus günstiger. Im Wien werden 20 Kinder von einer Kindergärtnerin betreut, während im österreichischen Durchschnitt auf 26 Kinder eine "Tante", in Tirol sogar auf 36 Kinder eine Kindergärtnerin entfalle. Dem Jugendamt stünden heuer rund 975 Millionen zur Verfügung, nur 26 Prozent davon können durch Einnahmen gedeckt werden. Bei den Ausgaben für die Kindergärten werden sogar nur 21,5 Prozent durch die Gebühren gedeckt. Dabei sind die Tarife derart sozial gestaffelt, daß viele Eltern ihre Kinder gratis in Kindergärten unterbringen können, ein Teil der Eltern muß nur sehr geringe Beiträge zahlen. Dieses Geld aber, endete der Redner, sei gut angelegt.

GR. Dr. Macher (ÖVP) erklärte, daß die 34,8 Millionen Schilling, die aus den Erträgen des Kulturroschens für die Altstadterhaltung vorgesehen seien, der Bedeutung dieser Aufgabe nicht entsprächen. Mit Enttäuschung müsse man feststellen, daß heute, mehr als ein Jahr nach dem Beschluß des Altstadterhaltungsgesetzes, erst ein Bruchteil des Schutzzonenkatalogs fertig sei. Es mangle auch an Funktions- und Revitalisierungsprogrammen. Die ÖVP sei dafür eingetreten, eine von der Stadt zu fördernde Trägersgesellschaft zur Revitalisierung des Spittelbergs zu gründen, die Mehrheit habe dies jedoch nicht akzeptiert. Der dritte Mangel sei die fehlende Information der Öffentlichkeit. Vielen

sei die Möglichkeit, Mittel des Altstadterhaltungsfonds oder des Wohnungsverbesserungsgesetzes oder der Wohnbauförderung zu erhalten, gar nicht bekannt. GR. Dr. Macher brachte den Antrag ein, eine Informationsstelle für Altstadterhaltung einzurichten.

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) erklärte, daß in Wien derzeit 24.963 Kindergartenplätze fehlten. Trotzdem seien nur 0,16 Prozent des Gesamtbudgets, rund 49 Millionen, für den Bau von Kindergärten vorgesehen. Das sei bei Berücksichtigung der Geldentwertung weniger als im Vorjahr. Die Rednerin verlangte, daß den privaten Kindergärten außer den Personalkosten auch ein Teil der Investitionskosten ersetzt werden solle. Weiter trat sie für die Bildung eines familienpolitischen Beirats ein.

GR. Wiesinger (SPÖ) setzte sich mit der Kritik mehrerer Oppositionsredner am Kulturbudget auseinander und meinte, sie unterscheide sich nicht wesentlich von jener vergangener Jahre: Man sei unzufrieden mit der Altstadterhaltung, kritisiere die Schulverwaltung und die Subventionspolitik. Die Opposition habe das Recht auf Kritik und man werde auch darüber nachdenken. Grundsätzlich möchte er aber Widersprüche zurückweisen, wie sie etwa vom Sprecher der FPÖ ausgedrückt wurden: Man könne nicht beklagen, daß einerseits zu wenige Ausländer nach Wien kommen und gleichzeitig verurteilen, wenn ein Ausländer die Leitung der Symphoniker übernommen habe. Man könne nicht kritisieren, daß das Theaterleben in Wien nichts Neues bringe, und gleichzeitig die Unterstützung der Experimentalbühnen ablehnen.

Ein Kernpunkt der Kritik sei aber die Schule und ihre Reform gewesen. Dazu sei eindeutig zu sagen, daß sich die Sozialisten rückhaltlos zur Demokratisierung des Schulwesens bekennen und zur Herstellung der Chancengleichheit. Das Schulsystem an den höheren Schulen sei autoritär, die Schüler würden unmündig gehalten. "Wir bekennen uns daher vehement zur permanenten Schulreform und begrüßen den Versuch der Ganztagschule", sagte der Redner. Was die Kritik an fehlenden Mitteln für den Fremdenverkehr anlange, dürfe man doch nicht verschweigen, daß neben den Ortstaxen im Budget viele Millionen aufgebracht werden, daß zusätzliche zwei Millionen zur Kongressförderung vorgesehen seien. Was Vergnügungsmöglichkeiten für Fremde anbelange, sei nun einmal der Heurige die Wiener Spielart. "Die große Freiheit gibts in Hamburg, in Wien den Heurigen", meinte der Redner. Abschließend stellte GR. Wiesinger fest, daß das Budget für diese Geschäfts-

gruppe hervorragende Möglichkeiten biete, die bestehenden kulturellen Güter zu erhalten und das Neue zu fördern.

Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner erwiderte im Schlußwort zuerst GR. Bauer: Die Fahrt der Hausrucker nach New York sei von der Stadt Wien bezahlt worden. Warum Canetti nicht in Wien lebe, darüber sollte man im Geschichtsbuch unter "März 1938" nachschlagen. Auch frühere Chefdirektoren der Symphoniker seien keine Österreicher gewesen. Wien sei stolz darauf, dem Theater neue Impulse zu geben.

Das Engagement des Bundes für das kulturelle Leben sei sehr stark zu spüren - bei der Theatererhaltung, bei der Förderung der Kleinbühnen, bei den Großausstellungen, vor allem aber im Schulwesen.

Für die Landesjugendherberge werde derzeit ein günstigerer Standort gesucht.

Ein Vergleich des Fremdenverkehrs in der Großstadt Wien mit Tirol, Salzburg oder Kärnten sei nicht möglich. Eine Partei allerdings, die von sich behauptet, für den Fremdenverkehr zu sein, erscheine nicht glaubwürdig, wenn die gleiche Partei in Wien Plakate klebe, auf denen sie die Stadt als krank bezeichnet. Die Erhöhung der Mittel für die Fremdenverkehrsförderung seit 1972 von 22 auf 33 Millionen Schilling werde die Arbeitsmöglichkeiten weiter verbessern. Es sei allerdings nicht vorstellbar, daß die Stadt Aktionen für den Fremdenverkehr setze, aber die Betriebe nichts dazu beitragen.

Für die Altstadtterhaltung sei gerade in den letzten Jahren viel erreicht worden. Es habe ein Umdenken im Sinne einer Erhaltung der wertvollen Bausubstanz eingesetzt. Nächstes Jahr werde es mehr Mitarbeiter, mehr Mittel, mehr Schutzzonen, also mehr Möglichkeiten für die Altstadtterhaltung geben. Mit Hilfe der Stadt ist aber schon viel geschehen. Die Ekazent wurde in den Fällen Blutgasse und Maria am Gestade unterstützt, die Gesiba bei dem prächtigen Haus hinter der Ruprechtskirche. Wien würde auch den Freunden des Wohnungseigentums helfen, wenn sie auf diesem Gebiet eine Leistung aufzuweisen hätten. Bei der Festlegung der Schutzzonen dürfe man allerdings nichts "überhuden", weil das entscheidende Eingriffe in die Rechte von Privaten seien.

Ein verstärkter Bau von Kindergärten sei sinnlos, wenn das Personal dafür nicht vorhanden ist. Es besteht ein Ausbauplan

bis 1980, der sowohl die nötigen Räume wie auch das nötige Personal sichern solle. Dann werde es möglich sein, 80 Prozent der Kinder und bei den Fünfjährigen hundert Prozent in Kindergärten zu betreuen.

Als Vizebürgermeister Fröhlich-Sandner erklärte, die SPÖ habe zum Unterschied von der ÖVP nicht erst in der Zweiten Republik die Bedeutung der Familien- und Sozialpolitik entdeckt, kam es zu Zwischenrufen der ÖVP. Die Berichterstatterin solle nicht polemisieren, sondern berichten. Die Rednerin erwiderte, daß es ihre Pflicht sei, auf Informationsmöglichkeiten, wie etwa Geschichtsbücher, hinzuweisen. Sie schloß mit einem Bekenntnis zur Fortsetzung einer sozialen Familienpolitik, die allen eine Chance gebe.

Abstimmung: Der Voranschlag der Geschäftsgruppe 3, Kultur, Jugend, Bildung, wurde mit den Stimmen der SPÖ genehmigt. Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Ansätze für den Kindergartenbau wurde von der SPÖ abgelehnt. Die anderen Anträge wurden einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Die Budgetdebatte wird am Montag mit den Kapiteln 4 (Soziales und Gesundheit, Referent Stadtrat Dr. Alois Stacher) und anschließend 5 (Stadtgestaltung und Verkehr, Referent Stadtrat Ing. Fritz Hofmann) fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -